

Ressort: Finanzen

Arbeitgeber wollen schnellere Berufsausbildung für Asylsuchende

Berlin, 24.07.2015, 00:00 Uhr

GDN - Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat die Bundesregierung aufgefordert, mehr für die Berufsausbildung von jungen Asylsuchenden und Geduldeten zu tun. Die beschlossenen oder geplanten gesetzlichen Änderungen gingen "nicht weit genug".

Das geht aus einer Stellungnahme der BDA zu den Regierungsvorhaben hervor, die der "Süddeutschen Zeitung" vorliegt. Junge Asylbewerber und Ausländer ohne festen Aufenthaltsstatus, die in Deutschland eine Lehre angefangen haben, mussten bisher meist immer wieder zur Ausländerbehörde, um ihre Aufenthaltserlaubnis für drei oder sechs Monate erneuern zu lassen. Anfang Juli beschloss der Bundestag deshalb, dass solche jungen Menschen für die Dauer der Lehre eine Duldung bekommen - aber jeweils nur für ein Jahr. Außerdem dürfen sie nicht älter als 21 Jahre sein, wenn sie ihre Ausbildung beginnen. Die Arbeitgeberverbände halten dies für keine gute Lösung. So könne ein Unternehmen nicht planungssicher arbeiten. "Diese neue Regelung bringt nicht die notwendige Rechtssicherheit für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe." Auch die Einschränkung auf 21 Jahre sei "zu restriktiv", heißt es in dem BDA-Positionspapier. Hinzu kommt: Nach dem erfolgreichen Abschluss der Lehre und der Übernahme im Betrieb müsste ein Aufenthaltsrecht für zwei Jahre Berufspraxis gesichert sein. Die Arbeitgeberverbände stören sich weiter daran, dass jungen geduldeten Flüchtlingen der Weg für eine schnelle Förderung versperrt bleibt. Nach den Plänen des Bundesarbeitsministeriums wird ihnen vom 1. Januar 2016 an der Zugang zu Förderhilfen bei der Berufsausbildung und Bildungsprogrammen eröffnet, die für einen Beruf vorbereiten. Dies gilt aber erst nach 15 Monaten Aufenthalt in der Bundesrepublik. Damit seien zahlreiche geduldete junge Menschen "für viel zu lange Zeit" von Hilfen wie der assistierten Ausbildung oder der Berufsausbildungshilfe ausgeschlossen, kritisiert die BDA. Die Förderprogramme müssten sofort "ab Erteilung der Duldung zur Verfügung stehen". Außerdem sollte die Bundesregierung den Asylsuchenden und Geduldeten auch bei Praktika mehr entgegenkommen. Oft hätten sie wenig Ahnung vom deutschen Ausbildungssystem oder könnten keine Zeugnisse vorweisen. Umso wichtiger seien Praktika. Sie könnten helfen, "sowohl auf Seiten der jungen Menschen selbst, als auch auf Seiten der Betriebe mehr Klarheit zu schaffen". Nur komme es zu solchen Praktika erst gar nicht, weil die Bundesagentur für Arbeit (BA) zunächst prüfen müsse, ob an dieser Schnupperphase im Betrieb nicht ein deutscher Kandidat oder EU-Bürger Interesse habe. Die Arbeitgeber fordern deshalb, solche Praktika möglichst schnell von dieser Vorrangprüfung zu befreien.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-58006/arbeitgeber-wollen-schnellere-berufsausbildung-fuer-asylsuchende.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com